Sichtbar werden! Zu Publikationsmöglichkeiten von Frauen in der Politikwissenschaft

Alexandra Scheele, Brigid C. Harrison

Frauen sind in der (Politik-)Wissenschaft noch immer unterrepräsentiert. Der Anteil an Professorinnen an allen Disziplinen lag im Jahr 2003 bei 12,8%, der mainstream der Wissenschaften gilt zurecht als malestream, da Frauen auf Konferenzen oder in den sog. Standardwerken noch immer eine Ausnahme darstellen. Ähnliches lässt sich für die Fachzeitschriften feststellen. So veröffentlichten vor nunmehr 12 Jahren die beiden amerikanischen Politikwissenschaftlerinnen Rita Mae Kelly und Kimberly Fisher (1993) eine Untersuchung der wichtigsten 15 amerikanischen Fachzeitschriften von ihrer Erstausgabe bis zum letzten Heft 1991. In ihrer Inhaltsanalyse gingen sie der Frage nach, ob und wie frauenpolitische Themen in diese Eingang gefunden haben. In diesem Zusammenhang stellten sie fest, dass zwar zwischen 1900 und 1991 etwa 430 „female founded articles“ erschienen sind, die jedoch in erster Linie unter Berücksichtigung des biologischen Geschlechts auf die Unterschiede, das „Anderssein“ von Frauen, abheben und insofern der tatsächlichen feministischen Theoriebildung in der Politikwissenschaft nicht gerecht werden.

Für die bundesdeutsche Politikwissenschaft hat Scheele (1996) sechs Fachzeitschriften – darunter auch die Politische Vierteljahresschrift (PVS) – über einen Zeitraum von 1985 bis 1994 danach ausgewertet, wie sich der Anteil der Autorinnen zu dem der Autoren entwickelt hat und in-

wieweit im weitesten Sinne frauenpolitische Themen Eingang gefunden haben. Die Auswertung zeigte, dass in diesen 10 Jahren nur etwa 6,7% der Hauptartikel in den PVS-Heften von Frauen verfasst wurden; in den Sonderheften betrug der Anteil 16%, wie der StAFF dokumentierte. Eine Fortsetzung der Auswertung bis ins Jahr 1999 belegt einen leichten Anstieg auf 13% – womit allerdings weiterhin die große Mehrzahl der erschienen Beiträge in der PVS von Männern stammen.

Wo liegen die Gründe für den geringen Anteil von Frauen in den etablierten Fachzeitschriften? Es bieten sich drei Argumentationsstränge an: Eine eher formalistische Argumentation, nach der der Frauenanteil unter den Studierenden des Faches lange unter dem der Studenten lag, was sich dann auch in der weiteren wissenschaftlichen Tätigkeit und damit auch bei den Publikationen niederschlägt. In dieser Argumentation ist die Unterrepräsentanz vorrangig quantitativ begründet und würde sich – wenn es mehr Frauen gibt – mit der Zeit von selbst erledigen. Eine kritische Argumentation beschreibt die Wissenschaft im Allgemeinen und die Politikwissenschaft im Besonderen als Männerbund (Kreisky 1994) oder patriarchale Hegemonie (Scheele 1996). Demnach besitzen bereits die zentralen Begriffe, Theorien und Themen(-konjunkturen) einen male-bias und betreiben den systematischen Ausschluss von Frauen. Zugleich verhindert ein „old-

boys-network“, dass Wissenschaftlerinnen diese Deutungshoheit in Frage stellen. In dieser Argumentation ist die Unterrepräsentanz von Frauen eher Ergebnis einer Fachkultur, die Frauen inhaltlich und faktisch ausschließt bzw. eine Arbeit in der Disziplin für Frauen unattraktiv macht und sie dort in Nischen drängt. Ein dritter Strang nimmt genau dies zum Ausgang, zielt aber stärker auf die Handlungsoptionen von Frauen selbst, die bislang nicht nur vorrangig Themen besetzen, die innerhalb der Disziplin als „randständig“ gelten, sondern sich auch weniger stark auf Tagungen, Konferenzen etc. einbringen und insofern unsichtbar bleiben. Da die Fachzeitschriften und Sammelbände für „qualitativ gute“ Beiträge – unabhängig von der AutorInnenschaft – offen sind, müssten sich mehr Frauen in der Politikwissenschaft aktiv engagieren. Demnach bedarf es einer Strategie des Einbringens und Einmischens, um die Repräsentanz von Frauen zu erhöhen. In diesem Zusammenhang steht der folgende Bericht von *Brigid C. Harrison*, der überblicksartig Ratschläge für die Veröffentlichung von Büchern und Aufsätzen zusammenfasst und damit eine „Anleitung zum Einmischen“ darstellt.

Am 1. September 2004 wurde im Rahmen des Jahrestreffens der Amerikanischen Vereinigung für Politikwissenschaften (APSA) in Chicago ein Workshop angeboten, der Wissenschaftlerinnen zur Veröffentlichung ermutigen und entsprechende Ratschläge an die Hand geben sollte. Auf dem Panel, das mit Wissenschaftlerinnen¹ und VerlegerInnen² besetzt war, wurde auf die Bedeutung von Netzwerken hingewiesen und Tipps für die Wahl des adäquaten Verlages und den Umgang mit Gutachten

gegeben. Ein ähnlicher Kurs hatte bereits im Jahr zuvor stattgefunden und deutlich gemacht, dass sich Politikwissenschaftlerinnen in der Disziplin einer großen Konkurrenz ausgesetzt sehen.

Janet M. Martin hob die Wichtigkeit von Netzwerken als Grundlage für Veröffentlichungen hervor. Um Teil eines Netzwerkes zu werden, sei es wichtig, Mitglied von Sektionen und Fraktionen zu werden, da man in diesem Rahmen auch Ratschläge erhalte. Außerdem solle man sich im Rahmen von Empfängen oder auch bei der Besetzung von Preiskomitees als Wissenschaftlerin mit den eigenen Forschungsschwerpunkten vorstellen. Auch über die Teilnahme an Workshops oder Foren (als Referentin oder DiskutantIn) können sich Möglichkeiten für eine zukünftige Mitgestaltung von Foren ergeben. Die stärkere Präsenz in den Fachdiskussionen habe zudem den Vorteil, dass man sowohl zukünftige GutachterInnen von Zeitschriftenaufsätzen und/oder Buchmanuskripten als auch andere WissenschaftlerInnen, die ähnliche Forschungsinteressen haben oder Sammelbände planen, in denen ein eigener Beitrag platziert werden könnte. Auch VerlegerInnen und HerausgeberInnen nehmen teilweise an Foren teil und halten Ausschau nach potenziellen Buchprojekten. *Martin* hob außerdem hervor, dass es gut sei, sich am Anfang einer Konferenz bei einigen VerlegerInnen vorzustellen, die eigene Forschungsarbeit einzubringen und sich einen Eindruck darüber zu verschaffen, für welche Themen welcher Verlag geeignet ist. Wenn ein Manuskript nicht angenommen wird, bliebe dennoch die Möglichkeit, sich trotzdem als GutachterIn anzubieten. Auch *Virginia Sapiro* gab Hinweise bei der

Auswahl eines Verlages. Grundsätzlich sei es wichtig, auf die Unterschiede zwischen Verlagen hinsichtlich ihrer Themenauswahl, Zielgruppe und Publikationsart zu achten. Dazu bietet es sich an, die Verlagskataloge durchzusehen, FachkollegInnen zu befragen oder einfach in die eigenen Bücherregale zu schauen. Damit lässt sich gut feststellen, welche Verlage für das eigene Themengebiet renommiert sind bzw. Interesse und Erfahrung im Verlegen dieses Themas haben. Der Austausch mit erfahrenen KollegInnen sei darüber hinaus eine Möglichkeit, die Auswahl noch weiter einzuschränken. Ist geklärt, welcher Verlag in Frage kommt, besteht ein nächster Schritt darin, ein Publikationsvertrag auszuhandeln. Für diesen Schritt empfahl *Brigid C. Harrison*, möglichst schnell mit der Verhandlung zu beginnen, sobald der Verlag Interesse signalisiert habe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die zentralen Verhandlungsgegenstände eines Vertrages: Die Höhe der Tantieme, ob und in welcher Höhe Tantieme vorab gezahlt werden und ob es Zuschüsse für den Erwerb von Material, Forschungsunterlagen und Büchern gibt. Außerdem gelte zu klären, wer für Abbildungen, Genehmigungen oder Indizierung aufkommt, wie das Buch vermarktet wird und inwiefern weitere Projekte in Erwägung gezogen werden. *Susan Gluck Mezey* diskutierte die Vor- und Nachteile von Aufsätzen und Büchern und welche Konsequenzen die Publikationsform für die Suche nach einem Verlag hat. Sie betonte, dass die Veröffentlichung von Aufsätzen viele Vorteile habe. Wenn allerdings die eigene Arbeit vom mainstream der Politikwissenschaft abweicht und es von daher schwer ist, diese zu veröffentlichen, sollten

Wissenschaftlerinnen alternative Publikationsmöglichkeiten in Erwägung ziehen. *Susan Welch* gab schließlich Hinweise dafür, wie man mit Gutachten umgeht. Ihr Ratschlag zu Beginn lautete, dass die Erfahrung, abgelehnt zu werden, kein Grund sei, den Artikel einfach zu den Akten zu legen und Trübsal zu blasen. Stattdessen empfiehlt sie, die Kommentare gründlich zu lesen mit dem Wissen, dass kein Aufsatz perfekt ist und die Anregungen dazu zu benutzen, den Aufsatz zu verbessern. Auch wenn man sich entscheidet, das Manuskript nicht noch einmal an die gleiche Zeitschrift zu schicken, sollte man die Anregungen und Verbesserungsvorschläge der GutachterInnen berücksichtigen. So sei es sehr gut möglich, dass einige der GutachterInnen auch von einer anderen Zeitschrift gefragt werden. Selbst wenn einige von ihnen nicht einwilligen werden, den Aufsatz ein zweites Mal zu lesen, besteht immer auch die Möglichkeit, dass einige es tun. In diesem Fall wird es positiv aufgenommen, wenn die Vorschläge eingearbeitet wurden und das Papier verbessert wurde. Sie empfahl weiter, den Brief der HerausgeberInnen sorgfältig zu lesen, besonders dann, wenn er zu einer Wiedervorlage auffordert. Denn darin werden häufig die besonders wichtigen Punkte der Gutachten betont, auf die besonders geachtet werden sollte. Bedürfen die Vorschläge einer größeren Überarbeitung, wie z.B. die Einbeziehung neuer Daten, einen neuen theoretischen Rahmen, neue Fallanalysen oder signifikante neue Analysen, dann empfiehlt es sich, die Zeit und die Machbarkeit von solchen Veränderungen gegen die damit verbundenen Verbesserungen abzuwägen. Wenn es nicht möglich ist, sinnvolle Veränderungen

durchzuführen, weil es dafür z.B. Variablen bedürfte, die nicht Teil der analysierten Sekundäranalyse sind, dann sollte man über andere Möglichkeiten nachdenken, mit denen dieses Ziel oder ein ähnliches erreicht werden kann. Laden die HerausgeberInnen zu einer Wiedervorlage des Beitrages ein, empfiehlt es sich, in einem Brief deutlich zu machen, wie die Vorschläge der GutachterInnen mit der neuen Version berücksichtigt wurden. Dabei rät *Welch* den Autorinnen zu vermeiden, die Intelligenz, Professionalität oder Zurechnungsfähigkeit der GutachterInnen in Frage zu stellen, da die Briefe nicht selten auch an die GutachterInnen weitergegeben werden. Viel wichtiger sei es unter diesem Aspekt zu begründen, warum einige Vorschläge möglicherweise nicht angenommen wurden. Schließlich ist Widerspruch immer erlaubt – solange man einen überzeugenden Grund dafür (be)nennen kann.

Anmerkungen

- 1 Brigid C. Harrison, Montclair State University; Susan Welch, Pennsylvania State University; Virginia Sapiro, University of Wisconsin/Madison; Susan Gluck Mezey, Loyola University Chicago; Janet M. Martin, Bowdoin College; Susan Tolchin, George Mason University und Susan Welch, Pennsylvania State University.
- 2 Mary Lenn Dixon, Texas A&M University Press; Lynne Rienner/Brenda Carter, CQ Press; Joan Catapano, University of Illinois Press/Lynne Rienner Publishers; David Tatom, Wadsworth Publishing und Chuck Meyers, Princeton University Press.

Literatur

- Kelly, Rita Mae/Fisher, Kimberly, 1993: *Women and Politics: „An Assessment of Publications in the ‚Top 15‘ Political Science Journals“*. *PS: Political Science and Politics* Vol. 26. No. (3), 544-558.
- Kreisky, Eva, 1994: „Aspekte der Dialektik von Politik und Geschlecht. Plädoyer gegen ‚geschlechtshalbierte Wahrheiten und Blickrichtungen‘ in der Politikwissenschaft“. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hg.): *Feministische Politikwissenschaft*. Wien, 13-35.
- Scheele, Alexandra, 1996: „Von Männern für Männer? Patriarchale Hegemonialkonstellationen in der Politikwissenschaft“. *Das Argument*. H. 214, 275-282.